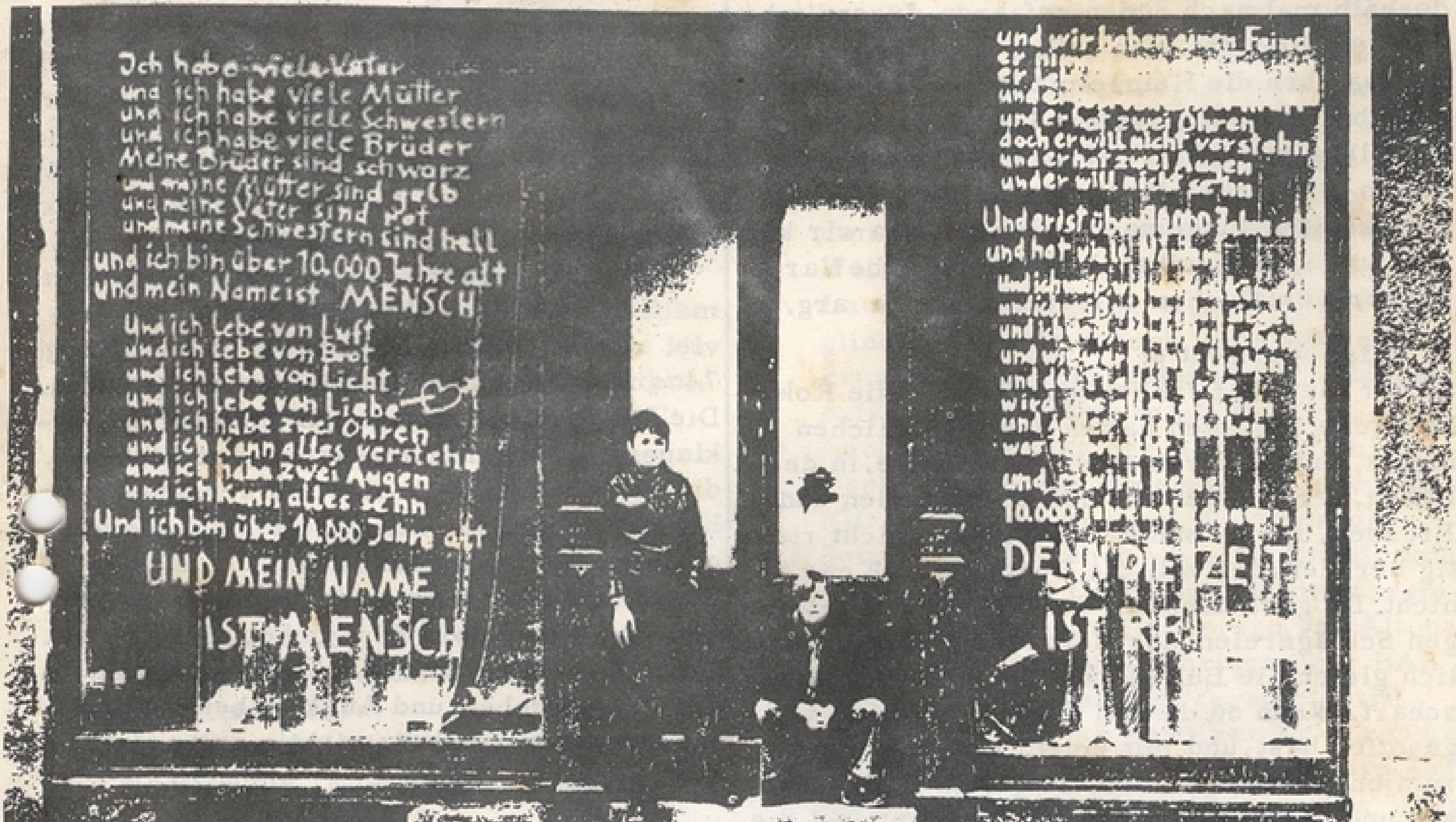
INFO

UNDOGMATISCHE LINKE - HAMBURG



NR. 7 28.1. 75 DM 0.80

"Das ist kein Haus der Jugend, sondern ein Haus der Behörde": Es tut sich was im HdJ - Harburg - Stellungnahme der RAF/AO zur Kritik an den Aktionen gegen Klug und Mairose - Schwarz - fahrersyndikat gegründet: Schwarzi lebt ! - Verschiedenes

"DAS IST KEIN HAUS DER JUGEND, SONDERN EIN HAUS DER BEHÖRDEN"

Harburg liegt jenseits der Elbe. Beinahe schon in Bayern. So ist es eine weite Reise dorthin, und die Informationen fließen von selbst nur spärlich und verwirrend:

Da soll bei den Jugendlichen was los sein. Schlägereien mit den Bullen im Haus der Jugend (HdJ), K.-Gruppen spielen Petrus mit Flugblattregen, der Heimleiter hat eine eigene Hauspolizei, Heinzelmännchen solls da geben, Hausverbote, "acht Stunden sind Kein Tag" animieren zu einem Sit-In in der Behörde, und vieles andere mehr.

Wir wollten es genauer wissen und sind deshalb mal nach Süden gefahren. Jugendliche aus dem HdJ, die sich selber organisiert haben, na eben die Heinzelmännchen, erzählten uns über drei Stunden auf Tonband, wie sich das alles entwickelt hat, was ihre Schwierigkeiten sind, usw. Das hätte in etwa vierzig Druckseiten ausgemacht, also mußten wir kürzen und umschreiben, hoffentlich, liebe Harburger, verfälschen wir euch nicht zu arg.

Also, auf geht's:

So vor vier fünf Jahren war im HdJ die Rockerszene, zu sagen hatten die Jugendlichen nichts, und die Probleme, so zuhause, in der Lehre, der Schule, mit den Freundinnen und Freuden, usw., konnten sie da auch nicht richtig bereden, das will die Behörde auch gar nicht. Da gabs dann auf den Tanzveranstaltungen Schlägereien, der Heimleiter holte natürlich gleich die Bullen, und die sind in Harburg scharf. Wenn du da mal nachts einen zu viel gesoffen hast, und mit einem Laternenpfahl rumjonglierst, kommen die gleich angeschossen und hauen dir mit dem Gummiknüppel die Birne weich. Der Heimleiter ist selber so ein Typ, gelernter Klemptner, der kann hinlangen, aber von Sozialarbeit oder Pädagogik und so hat der keine Ahnung.

Als das dann zu toll wurde, hat die Behörde einen hingeschickt, der einen Diskussionskreis aufmachte über Mitbestimmung. Das ging für die Bonzen in die Hose, weil die Jugendlichen bald über selbstbestimmung redeten, und da wurde der Kreis schnell wieder aufgelöst.

Nach den Rockern kam die Shit-welle. Das HdJ war der größte Handel neben dem Grünspan, und Luckmann, der Heimleiter, hatte Schiß, daß die Behörde was merkt, er selber hatte nämlich erst was gecheckt, als überall gekifft wurde. da wars schon zu spät. Wenn dann das Rauschgiftdezernat zu einer Überprüfung kam, hat er selber die Jugendlichen gewarnt.

So gegen 73 flaute das ab, die Rauschgiftszene verzieht sich aus dem Haus, die Teenywelle kommt: so 14-15 jährige, dann gibt's noch die langjährigen Hausbesucher, und ungefähr 20% Jungarbeiter. In der Zeit gibt es allmählich auch wieder Putz. Aber auch noch was neues: da wird auch über Politik geredet und über die eigenen Sachen, ein Betreuer ist da, der hat Verständnis, mit dem konnte man reden. Der bekam aber bald Druck von Luckmann, und mußte sich zurückhalten.

Putz und Jugendliche, die sich Gedanken machen, was sie selber wollen, das war zuviel für den Heimleiter. der fing so Anfang 74 an seine eigene Hauspolizei zu gründen. Die Leute dazu holt er sich aus der "Pudelklause", der Stammkneipe von den Rowdies, die es vor Jahren im HdJ am ärgsten getrieben hatten. Die bewachen jetzt nach einem genauen Wachplan, der im Büro aushängt, die Gänge, die Türen, und haben alle wichtigen Funktionen, wie Diskjockey, Kasse usw. Bezahlt werden die von den Eintrittsgeldern der Jugendlichen, und Angst haben die meisten vor denen, weil die richtig zulangen. Z.B.

hat diese Helfergang mal ein Mädchen vermöbelt, der Luckmann sieht's , dreht sich um und sagt nichts, hat nichts gesehen. Wahrscheinlich hat er auch Schiß vor seiner eigenen Mafia. Zur gleichen Zeit schickte die Behörde wieder den Typen , um einen Diskussionskreis zu bilden, den Otto. Da wurde dann im Donnerstagskreis diskutiert. der Behörde gegenüber haben sich die Jugendlichen auch über die Luckmann-Mafia beschwert, aber die hat sich dahintergestellt.

Der Donnerstagkreis war - für die Behörde - ein Schlag daneben. Der Otto kam bald mit den Jugendlichen nicht mehr zurecht, und zu seiner Unterstützung kam dann regelmäßig ein Behördenarsch, der Zeriatke aus der Hamburger Straße. Der sollte den Jugendlichen ein Mitbestimmungsmodell verkaufen, das dann, als von den Jugendlichen selbst erarbeitet, als Vorbild für andere HdJ mit dienen sollte. Um Otto und Zeriatke etwas entgegensetzen zu können in der Diskussion trafen sich die Leute vor dem Donnerstagtreffen und diskutierten was sie selber wollten. Das gespräch im Donnerstagkreis lief nur noch zwischen der Behörde und den Jugendlichen, aber die wollten nicht ständig abchecken was sie dürfen und was nicht, sondern sich darüber klar werden, was sie selber wollten . Der sinn des Kreises war für die Behörde dahin, er wurde aufgelöst. ("ich sehe keine Basis zur Zusammenarbeit mehr", Otto) . Aber die Gruppe war da, und um nicht mit den anderen Gruppen von außerhalb des Hauses verwechselt zu werden, legten sich die Leute eine Namen zu, "Heinzelmännchen".
Die Behörde hatte nun ganz eineartige Vorstellungen von Mitbestimmung. Die wollten in einer Wahlwoche einen Jugendbeirat wählen lassen, der ein Jahr lang amtiert.

Nur, das wollen die jugendlichen selber nicht, weilsolche Leute bald gar nicht mehr checken was läuft, die versebständigen sich. Darum : ständige VV wählt Jugendrat, der jederzeit abwählbar ist. Um den vorschlag der Behörde praktisch zu unterlaufen wurden unter verschiedenen Bezeichnungen VV's abgehalten. Die Behörde hat sich dann auf die Interessengruppen im Haus zurückgezogen, wie RBJ, philatelisten und so. Die haben oben Räume und sind förderungswürdig. Mit denen wurde ein Jugendbeirat gobildet, wie ein ständemodell: Jede Interessgruppe entsendet zwei vertreter, und die Jugendlichen, die unten ohne Verbandsangehörikeit das Haus benutzen auch nur zwei Vertreter. Das ließen sie sich nicht bieten und es kamen zur Ratssitzung erst fünf, dann immer mehr von den unorganisierten Jugendlichen. Die Interessengruppen waren mit zehn Leuten vertreten, die Behörde mit Heimpersonal usw. Der Behördenvertreter , Liska, hatte ein fertiges Programm in der Tasche, mit Briefwahl und so. Das ganze Gerede war show und brachte nichts, da sind die Jugendlichen, unter ihnen die Heinzi's abgehauen. (Um die Briefwahl später durchzuführen wurden bald darauf Ausweiskotrollen am Eingang durchgeführt. diese Adressenkartei wurde später benutzt , um an Jugendliche, die sich muckschig gemacht hatten , Drohbriefe zu verschicken, und Hausverbote)

Der KB und der RBJ hatten in der Zwischenzeit eine Initiativgruppe gebildet. Die Heinzis können mit denen auch nicht viel anfangen: Die Organisationen wollen ständig Leute für ihren Verein abstauben, und die Heinzis wollten im Jugendzentrum etwas für sich, d.h. für die Jugendlichen. Sie wollten, daß die Leute, die da sind, was gemeinsam klären wollen, auch über sich selbst bestimmen. Die Behörde nutzte das aus: wenn ihr miteinander reden wollt, dann müssen wir eben diesen Flipperraum schließen. Aber das wollen weder die Masse der Jugendlichen, noch die Heinzis. Darauf flippten nur die K-Gruppen ein, die sagten, daß sei eh nur kapitalistische Scheiße. Die Leute selber wollten aber beides, Spaß und miteinander reden.

Bei dem ganzen hin und her gab's natürlich einen reichen Flugblattsegen überm HdJ, der höchstens verwirrte, aber nicht weiterhalf. Die Heinzis selber stellten erst mal folgende Forderungen auf:

1. Der Jugendrat soll aufträge der VVausführen, und wenn nicht, wird er abgewählt. Demokratie ist, wenn alle miteinander reden, sich eine Meinung bilden und zusammen beschließen.
2. Freier Eintritt für alle Jugendlichen. Das HdJ ist schon durch Steuern und den geringen Lohn der Lehrlinge voll bezahlt. Platten sollen kostenlos von den Plattenfirmen geholt werden, das ist nur Reklame für sie. Für jeden Jugendlichen Cola zum Selbstkostenpreis. Brötchenverkauf usw. können wir selber besser organisieren.
3. Diskussions- und Filmabende, Jugendliche sollen selbst bestimmen, worüber sie informiert werden sollen und was sie sehen wollen Wir wollen auch diskutieren und nicht nur passiv sehen und hören.
4. Rechenschaftsbericht: Die Heimleitung soll endlich das tun, was sie verspricht, Rechenschaft zu geben, über das was sie tut.

Die Heinzis forderten auch eine Teestube unter eigener Regie für sich und die anderen Jugendlichen, um einen Raum zu haben, wo sie ohne Kontrolle der Luckmann-Mafia ihr unzensiertes Brett, frei Aussprache haben, kurz sich ohne ständige Bewachung bewegen können. Dies wurde aber von der Heimleitung ständig verweigert.

Dann kam Mitte 74 die große Schlacht mit den Bullen im HdJ. Das haben gar nicht die Heinzis oder die sonstigen Besucher des Hauses inzeniert, sondern das entwickelte sich, weil dem RBJ die Förderungswürdigkeit aberkannt werden sollte. Dazu gab es natürlich Flugblätter, und der KB schrieb was von Faschisten im HdJ usw. Die Organisationen riefen auf, am Donnerstag ins HdJ zu kommen, um sich mit dem RBJ zu solidarisieren. Am gleichen Abend fand auch im Haus ein Heinzi-Treffen statt. Da kamen sie nun alle von außerhalb, KB, RBJ, SDAJ, auch "Führer" der Gruppen. die man noch nie vorher da gesehen hatte. Alles in allem so etwa 80 Mann aus allen Ecken Hamburgs. "Normale" Hausbesucher waren kaum da, ein paar Heinzis waren aber auch da. Von der Behörde waren Zeriatke, Liska, Dierks und Luckmann da und jede Menge Bullen, aber das wußten die Leute zu Anfang noch nicht. Das ging dann los mit Megaphon und so, der Luckmann und die Behördenleute wurden ganz schön angemacht, richtig ausgeschimpft. Däe Heinzis nahmen die Chance wahr und forderten sofort ihre Vollversammlung. Und die Behörden wichen natürlich aus. Dann kam ein Typ rein, ein bekannter Spitzel, der Olaf Harm von der Jungen Union. Da war das Drama perfekt.

Einer von den ehemaligen Helfern, besoffen, ist auch da, stört ständig während der Diskussion mit der Behörde, mosert gegen Harm, Behörde und Co.:"Hitlerianer, Faschisten...", worauf ihm der KB auch gleich Prügel androht und dann mit zehn Mann hoch raussetzt. Großer Tumult, ein Bulle mit Hund, der im Büro "vorsorglich" postiert worden war, stürzt sich mit dem Köter ins Gemenge, die Töle beißt auch gleich zu, der Bulle kriegt gleich so runde zehn Stühle übergezogen, daß der noch stand war ein Wunder. Das Vieh jault wie irre, das hat wohl auch einiges abbekommen. Derweil haben die Bullen außen das ganze Gebäude abgeriegelt. Ein Typ, so einkleiner, schreit gleich, man muß die Behörden-Heinis als Geiseln nehmen, aber der KB hat das Megaphon und wiegelt ab, man müsse den Bullen zeigen, daß man friedlich hier sei. Die senden Unterhändler raus, die werden sofort kassiert, von denen war nichts mehr zu hören. Beim zweiten Versuch wird dann freier Abzug ausgemacht, ja denkste: die Schweine stehen an jeder Seite des Ausgangs, prügeln und filzen nach Waffen, an die Wand stellen und so, Arschtritte, Haareausreißen. Die Behördenleute hatten sich derweil auf einen Tisch verzogen, Festung gemacht und alles andere den Bullen überlassen, sie waren ja mitten unter den Leuten. Verhaftet worden ist keiner. Danach lief da die Bevölkerungsaufklärung per Megaphon und Minidemo, jede Organisation für sich, versteht sich.

In der Zeitung stand dann sowas wie "Terroristen verwüsten Haus der Jugend". Gegen ein Mädchen, das vom Bullenköter gebissenworden war, läuft jetzt Strafantrag wegen Körperverletzung, Widerstand

gegen Staatsgewalt und Hausfriedensbruch. Sie hatte den Bullen verklagt, darauf hin erhielt sie eine Anzeige.

Am nächsten Tag, Freitag, war Discothekabend, da kriegten viele Hausbenutzer erst mit, was gelaufen war. Überall Bullen, im Vorraum zehn Mann, oben bei den Mädchentoiletten nochmal so viele, mit Schildern und was dazugehört, im Keller noch mal drei Mann. Dann natürlich Zivile so junge SChnösel aus der Polizeischule auf der Tanzfläche- Das kriegten natürlich alle voll mit. Die Leute waren echt genervt, weil sie auch (jedenfalls einige) nicht wußten weshalb.

Die Behörde hatte natürlich Schiß bekommen, soviel Terz war zuviel. Und da machen sie Zugeständnisse um die Situation zu entschärfen und um die Hausbenutzer von den von außen kommenden Gruppen zu trennen. Die Heinzis dürfen auf einmal ihre Teestube einrichten, sie machen gleich ihre VV, und das war wieder zu viel für die Bonzen, sie entziehen wieder Räume, und nehmen ihre Zugeständnisse zurück, alle Anbiederei ist wie weggewischt.

In den Tagen nach der Schlägerei zeigten sich ganz typische Schwierigkeiten: Die Heinzis wollten eine Flugblattaktion bei den Nachbarn , den Hausbenutzern, durchführen, aber das ging nur ganz beschränkt, da wurden die Sachen nicht verteilt oder verschlampt, das war noch zu spontaneistisch.

Zum anderen war es problematisch auf die Zugeständnisse der Behörde einzugehen weil klar war, daß die nur spalten wollten, aber so eine Teestube ist nun einmal ein Freiraum, den die Leute einfach brauchen, an sich müßte das ganze HdJ so was sein und zum andern ist das ja nicht nur Selbstzweck, sondern auch ein politischer Ort. Versuch mal deine Probleme richtig zu bequatschen, andere Verhaltensweisen zu entwickeln, wenn hinter dir ein Bulle von der Luckmann-Mafia steht! Die Organisationen finden sowas nicht politisch genug, aber die konnten ein ganzes Jahr quatschen, und für die Jugendlichen selber schaut nichts bei raus. Und dann bieten sie sich noch als Anführer an! Die Heinzis sagen: "Wir wollen etwas, was uns was bringt, ganz einfach. Erst mal die Teestube. Ein Angestellter des Hauses verkauft Würstchen auf eigene Rechnung. Wir konnten umsonst Kuchen organisieren, und der wurde dann billig verkauft. Die Angestellten und die Mafia ließen sich unten nicht mehr blicken, in der Teestube, die wußten, daß sie da nichts zu suchen hatten!"

Dann wurden auch Plakate geklebt, und Stellwände aufgestellt, was natürlich verboten ist. (Daher hat dann auch einer sein Hausverbot begründet bekommen). Scheiße war nur, der Raum (Teestube) war zu klein. Da konnten nur wenige außer den Heinzis reingezogen werden, es konnte kaum ein Raum für alle werden. Für die Heinzis selber war es natürlich trotzdem ganz gut, einen Raum zu haben, wo man an die Wand Sachen zum Mord an Holger Meins, zur Fahrpreiserhöhung hängen konnte, Kleinanzeigen, dumme Sprüche, oder daß der Heimleiter ein Arschloch ist.

Die Heinzis wollten auch zeigen, daß ein HdJ auch anders gemacht werden kann, und solche Sachen wie Abwasch und so ~~eber~~ eben auch in Eigenregie klappen können.

Die Heinzis wollten jetzt aber auch ihr Programm mit Filmen, Diskussionen usw. durchführen. Als Themen planten sie Studentenunruhen, Lehrlingssachen, Zuhause, Sexualität, letztes besonders wichtig. Georg v. Rauch ~~Fil~~ Film und Bundeswehrsachen standen auch an. Die erste Veranstaltung klappte auch (Studentenunruhen). Hin kamen die Heinzis (25 Ju-

gendliche) und 15 andere. Nicht gerade überwältigend, aber für den Anfang nicht schlecht. Nach dem Film entwickelte sich eine unheimlich lebendige Diskussion, wobei es nicht um abstrakte Organisationsfragen ging, sondern wie man eigene Bedürfnisse durchsetzen kann. Die Veranstaltung verlief so richtig schön chaotisch, nichts klappte wie geplant aber im Endeffekt hat alles hingeheauen. Die Heimleitung hat nicht geglaubt, daß die Heinzis überhaupt so was hinkriegen und war dann von den Socken, als Frau   sich eben mit ihrem Filmvorführschein zur Verfügung stellte. Die war zwar ganz schön besoffen an dem Abend, aber das hat dem Film nicht geschadet.

Nachdem das so geklappt hatte, richtete die Heimverwaltung selber einen ständigen Filmabend ein, was sie vorher immer abgelehnt hatte. Highnoon und solche Sachen, und die Termine immer auf die Tage gelegt, wo eine VV oder so etwas anstand. Aber für ihr Programm brauchten die Heinzis Räume, und die hat die Behörde ganz schnell gestrichen, weil sie gemerkt hatten, was das für ein Programm war.

Ende November 74 wollte dann die Behörde ganz fix die Briefwahlen zum Jugendbeirat durchziehen. Dem kamen die Heinzis zuvor, indem sie schnell eine VV einberiefen, auf der dann ein provisorischer Jugendrat gewählt wurde. Das war nun mal wieder zu viel. Das Haus wurde im Dezember vorläufig geschlossen. Dann flatterten einigen Heinzis Hausverbote rein, wegen unerlaubten Aufstellens von Stellwänden und weil sie den Luckmann längere Zeit bedroht, genötigt und weiß Gott noch alles gemacht haben sollten. Unter denen mit Hausverbot waren auch welche vom Jugendrat.

Na Klar. Gegen Hausverbote (lebenslänglich!) und die Schließung mußte was geschehen: im Fernsehen war mal der Film "Acht Stunden sind kein Tag", wo die Kinder irgendein Behördengebäude angepinselt hatten. Da meinten einige, jetzt los mit hundert Mann in die Hamburger Straße, besetzen und so. Losgezogen sind dann 13 Leute, viele müssen ja auch arbeiten. In der Behörde haben sie sich dann in irgend einem Büro breitgemacht, Spiele und Kuchen ausgepackt. Die Beamten wollen sie loswerden: Es ist bald nach Dienstschluß, dann finden sie endlich einen, der für die Hausverbote zuständig ist, den Rechtsreferenten Paatsch. Der macht in Panik, holt gleich einen Haufen Kollegen, als Zeugen oder so. Er selber beantwortet keine Frage, redet nur dumm rum. Das brachte nichts. Es wurde nur klar, daß das HdJ aus taktischen Gründen geschlossen worden war und nicht aus Krankheitsgründen, wie offiziell gesagt. Aber das wußte man schon vorher. Reden wollte Paatsch an sich gar nicht, höchstens mit einem Abgesandten, aber das kommt nicht in Frage.

Das HdJ sollte aber für die Jugendlichen offen sein. Sogar die gewaltsame Öffnung wurde diskutiert, aber mangels Organisation nicht gemacht. Auch die Information von Nachbarn, Schülern etc. klappte nicht so richtig, die Flugblätter wurden nur zum Teil verteilt.

Richtig gut klappte aber eine Info-Veranstaltung in einem Haus der Jugend von der Kirche. Das ging mit Bildmaterial und mit einer Theatergruppe, die die Heinzis inzwischen gegründet hatten. Die stellte dar, was sich so im Haus der Jugend abgespielt hatte. Das Spiel entwickelte sich so mitreißend, daß derjenige, der den Luckmann mimte, fast zusammengeschlagen wurde, Tonbandaufnahmen sollten auch gemacht werden, hat aber mal wieder nicht geklappt. Über Weihnachten war ums Haus der Jugend nichts los, aber die Heinzis machten außerhalb des Hauses eine große Fete mit Leuten aus dem unabhängige Jugendzentrum Hannover - Glocksee. Den Kontakt hatten sie mal aufgenommen, sie sind mit einem Bus, den ein Genosse (der einzige Interlektuelle bei den Heinzis) zur Verfügung gestellt hatte, runtergefahren, und seit dem verstanden sich die Gruppen ganz gut. Mist war nur, daß es auf dieser Fete zu einer Schlägerei kam, aber grundsätzlich ändert das sehr wenig.

Anfang Januar wurde das HdJ wieder geöffnet. Da sind die Heinzis gleich rein zusammen mit den Leuten, die Hausverbot haben Unter den anderen Hausbesuchern fantastische Stimmung: Wenn die Bullen kommen, um euch rauszuholen, stehen wir auch da! Die Leute von der Behörde waren auch da. Ein Fehler war nur, daß der Jugendrat nicht zu den Typen hinging, um so die Bonzen vor die Tatsache zu stellen, daß Leute mit Hausverbot im Na-

men der Jugendlichen mit ihnen verhandeln. Zeriatke und Co dachten gar nicht daran, sich zu den Jugendlichen selber zu bemühen. Dann haben sich auch die Jusos eingemischt. Die kamen auf die kumpelhafte "wenn ihr uns alle möglichen Informatonen gebt, dann sägen wir den Luckmann samt seiner Gang in einem halben Jahr ab". Das können die vieleicht auch, als Ersatz wird ein dufter progressiver Typ angekündigt. Um einen Fuß ins Haus selber zu bekommen, wollen sie auch einen Raumnutzungsantrag stellen, eine eigene Gruppe ins HdJ setzen. Die Heinzis sagen sich dazu, daß die man loslegen sollen, es wär nur gut, wenn der Luckmann mit seiner Mafia den Hut nehmen müßte. Von so einer Theorie, daß erst die starke Repression die wahren Kräfte zu Tage fördert, halten sie wenig, sie sind eben keine Masochisten.

Fehlereinschätzung der Heinzis

Die Verbreiterung ist geringer als erhofft.
Gründe:
1. Die Heinzis setzen sich aus Cliquen zusammen, die sich von früher her schon kennen in die von außen schwer reinzukommen ist, trotz der politischen Werbung und der Orientierung an denInteressen aller Hausbenutzer. Aber das ist eben noch nicht eine genügend persönliche Ebene.
2. Probleme innerhalb der Heinzis. Z.B. warum kam es Weihnachten zu der Klopperei ?, nehmen viel Energie weg. Das muß aber sein.
3. Einzelne sind zu stark mit Arbeit belastet, daß sie die Lust verlieren. Dann gibt's Fehler, wie Unpünktlichkeit, Verschlampen von Sachen und so.
4. Außerhalb des Heimes wird vieles vorbe sprochen, was nachher im Heinziplenum gemacht werden soll. Da wundert es nicht mehr, wenn nur noch acht bis neun Leute was sagen und der Rest auf dem Plenum schweigt, obwohl vorher immer die dicken Sprüche gemacht werden.

Schwierigkeiten macht auch: Der Einzugsbereich des HdJ ist sehr groß, viele Jugendliche haben versucht gegen Luckmann & Co anzugehen, aber die Behörde war immer der viel stärkere. So eine Geschichte schafft natürlich eine gewisse Mutlosigkeit. Aber so lange wie die Heinzis hat es noch keineselbstständige Jugendgruppe dort ausgehalten. Der Bullenein satz vom Sommer steckt auch noch vielen in den Knochen.

Examplarisch, das heißt auch auf andere unabhängige proletarische Jugendgruppen bezogen, ist wohl folgendes:
Der Widerspruch zu drei Seiten:
- den Behörden klar.
- den K-Gruppen, weil die sich in der Regel immer auf ihre Organisation beziehen, die andere anleiten, vereinnahmen wollen, sich aber nicht an den Problemen selbst orientieren

Verlag Association GmbH
2 Hamburg 13
Postfach 13 22 51
Telefon
040/41 74 84

M. Kukuck
Student und Klassenkampf
Studentenbewegung in der BRD seit 1967

Dieser Text versucht eine Gesamtdarstellung der Studentenbewegung seit 1967. Er geht von der Frage aus, welche Grundlagen es für die Intelligenz an der Hochschule überhaupt geben kann, sich den kapitalistischen Verwertungsinteressen effektiv zu widersetzen.
Über eine detaillierte Darstellung der verschiedenen bildungsökonomischen und sonstiger Erklärungen des Ausbruchs der Studentenrevolte, der ebenso detaillierten Schilderung der Theorie und Praxis der wichtigsten studentischen Gruppen gelangt der Autor in seinem Schlußkapitel schließlich zu akt. Aussagen bzgl. der Perspektive des Kampfes an den Hochschulen.

276 Seiten. 16,- DM

– den Reformisten, weil die in ihren Zugeständnissen immer ans System gebunden bleiben, was allemal weniger ist, als Jugendliche ihren Bedürfnissen nach brauchen.

Exemplarisch ist auch:
– der schnelle Einsatz der Bullen gegen Jugendliche.
– sind die Schwierigkeiten in der Gruppe selber. Sie sind eben Menschen, flippen aus., wollen auch ihren Spaß, der halt leicht in Widerspruch zu den abstrakten und auch konkreten Notwendigkeiten der "Politik" gerät.
– ist auch die Angst mit bestimmten Rockergruppen in Kontakt zu treten, oder die Faulheit zu anderen HdJ und ähnlichen Gruppen zu gehen, zu sehen wo überhaupt die Jugendlichen verwahrt und verwaltet werden, um so allmählich zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Region zu kommen.

An dieser Stelle ergibt sich eine ganz klare Aufgabe für all die Spontis, die nicht so recht wissen, was tun und so weiter: Seht euch um, wo in eurer Nähe ein HdJ oder ähnliches ist, geht mal rein und stellt fest, was da los ist, und vermittelt das nach Harburg, (das geht auch übers Manifest) seht euch um wo Erziehungsheime sind, stellt euer Wissen und eure Zeit auch mal den Leuten zur Verfügung. die es brauchen.
Übrigens wollen die Harburger auch Filme drehen, tatsächlichhaben sie schon angefangen Über ihre Situation, über das Rumhängen im Park, über Einkaufszentren, und auch reine Juxfilme. Die Technik ist da, Leute die sie beherrschen auch, darüber könnte man auch zusammenarbeiten.

1.SCHWARZFAHRER-SYNDIKAT IN HAMBURG GEGRÜNDET!

Am 27. Dezember überraschte uns die HVV mit einer verspäteten Weihnachtsüberraschung. Sie erhöhte die Fahrpreise (0,70 auf 0,90 und 1,10 auf 1,40 DM) in einer unverschämten Weise, die auch den gutwilligsten Zahler zu ernsthaften Überlegungen zwingt. Es sind ja nicht nur die Fahrpreise, die steigen.

Einige Organisationen glauben, die allgemeine Unmut in Demos umsetzen zu müssen und organisierten als Krönung des Ganzen eine symbolische Schwarzfahrt. Die damit gesparten 1,40 DM werden unsere Einkommenslage aber nicht sehr verbessern.
Sinnvoller erscheint es uns, sich der Volksbewegung der ständigen Schwarzfahrer (20 000 täglich in Hamburg, so das Hamburger Abendblatt vom 30. 5. 74) anzuschließen.
Was aber viele Leute davon abhält, schwarzzufahren, ist das Risiko, 20 DM bezahlen zu müssen und eventuell angezeigt zu werden. Das braucht nicht zu sein!
Dazu folgende Tips:

1. <u>Immer 20 DM dabei haben!</u> Dann könnt ihr gleich zahlen und braucht euch nicht auszuweisen. Der Kontrolleur wird zwar eventuell versuchen, den Namen rauszukitzeln, um seine Kartei zu erweitern, er kann euch aber ohne Polizei nicht dazu zwingen. (Abendblatt, 30. 5. 74) Das schaltet das Risiko aus, angezeigt zu werden.
2. <u>Möglichst Bus fahren !</u> Im Bus hast du die Möglichkeit, schon von weitem die Kontrolleure auszumachen. Sie kontrollieren in der Regel nicht die Aussteigenden um den Fahrverkehr nicht zu behindern. Aber Vorsicht! Die Greifer laufen schon in den originellsten Verkleidungen herum. Nach unserer Erfahrung handelt es sich aber meistens um zwei oder drei Herren, die keine Aktenzeichen etc. tragen.

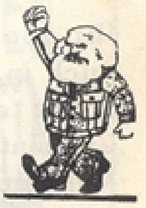
3. Wenn man doch erwischt wird, kann man trotzdem 15 DM sparen. Man zahlt dem Greifer erstmal 20 DM. Dann braucht man allerdings einen Typen, der eine Monatskarte hat und sie einem für einen Tag leiht. Über Wasserdampf löst man die Marke und klebt sie mit Pelikanol (nicht mit UHU und dergleichen, löst sich nicht im Wasserdampf) auf die eigene Monatskarte, geht damit zum Hochbahnhaus und weist glaubwürdig nach, daß man zum fraglichen Zeitpunkt doch eine gültige Karte gehabt hat. 15 DM bekommt man zurück, 5 DM werden als Bearbeitungsgebühr einbehalten.

FAHRT ORGANISIERT SCHWARZ !

Ihr könnt aber auch das finanzielle Risiko mindern, wenn ihr organisiert schwarzfahrt. Wir machen das jetzt schon seit vier Monaten und haben beste Erfahrungen gesammelt. Das Ganze funktioniert nach dem Prinzip einer Versicherung. Jeder von uns, wir sind 12, zahlt monatlich 5 DM in die gemeinsame Kasse. Wenn einer erwischt wird, kriegt er aus der Kasse die 20 DM zurück. Bisher deckten sich die Beiträge immer in etwa mit den Auslagen.
Mit 5 DM monatlich auf dem gesamten Netz zu fahren, einschließlich Schnellbus und 1. Klasse S-Bahn macht den öffentlichen Nahverkehr erst zum Vergnügen.

Genossen überwindet Eure Angst vor den Kontrolleuren und Anzeigen. Sie ist unnötig, wenn ihr die Tips beachtet. Sprecht mit Freunden und Bekannten, organisiert Euch !
Mit 5 Mark seid ihr dabei !

EUER SCHWARZI



STELLUNGNAHME DER RAF/AO ZUR KRITIK AN DEN AKTIONEN GEGEN KLUG UND MAIROSE

Im INFO Nr. 5, vom Oktober 1974 haben wir das "Kommunique No. I" der RAF/AO, eine Rechtfertigung ihrer Aktionen gegen Klug und Mairose, veröffentlicht. In der folgenden INFO-Nummer veröffentlichten daraufhin "einige Genossen aus verschiedenen Bereichen" eine Kritik an diesen Aktionen, wie auch an dem Kommunique. Mit dieser Kritik, sowie einem Flugblatt der Hamburger ESG vom 21.11.74 (Zum Tod von Holger Meins und Günther von Drenkmann) setzt sich das folgende Kommunique No. II der RAF/AO auseinander. Die Diskusion wird vermutlich in den nächsten INFO-Nummern fortgesetzt werden. d. INFO-Kollektiv

KOMMUNIQUE NO. II

Zu den verschiedenen, uns zur Kenntnis gekommenen Kritiken an unserer politisch-militärischen Aktion vom 4. 10. 1974 -

- gegen den hamburger Justizsenator, Prof. Dr. Ulrich Klug, 2 Hamburg-Iserbrook, Pilzgrube 25

und

- gegen den Chefarzt des Zentralkrankenhauses im Hamburger UG, Dr. med. Walter Mairose, Hamburg-Fuhlsbüttel, Maienweg 205

nehmen wir wie folgt Stellung:

Es erstaunt uns, daß einige Genossen nicht einmal in der Lage sind, den Text unseres Kommuniques Nr. 1, vom 4. 10. 74 genau zu lesen. Sonst hätten sie feststellen müssen,

- daß es sich nicht nur um eine Aktion gegen Klug, sondern ebenso zur gleichen Zeit gegen Mairose handelte. Beide Aktionen gehören politisch in einen Zusammenhang. Warum nehmt ihr dazu keine Stellung?

- Wir schrieben ausdrücklich:" Unsere... Aktion ... ist sichtbarer Beginn unserer Kampfansage. Ist unser Beitrag zum politischen Kampf, wie er heute in fast allen gesellschaftlichen Bereichen ... gegen den BRD-Imperialismus geführt wird."

Ihr aber unterstellt uns, wir würden " den auch in Deutschland anwachsenden Widerstand total verkennen, ...". Oder:"Ihr erkennt nicht die anderen Formen der Militanz an, ... wie sie in den ... Widerstandsaktionen der arbeitenden Bevölkerung ... angelegt sind."

Auf der politisch inhaltlich gleichen Linie dieser Kritik an uns liegt auch, wenn der "Berliner EXTRA-Dienst", vom 8. 10. 74 schreibt," das in pseudorevolutionärem Kauderwelsch abgefaßte ... oeuvre ... verliert kein Wort über die realen Klassenauseinandersetzungen beispielsweise der gegenwärtigen Lohnrunde, ...".

Wir fragen uns: Seid ihr so dumm, oder tut ihr nur so, oder was sonst ?

Wir sagten doch ausdrücklich (s. o.), wir wollen einen Beitrag leisten zum laufenden politischen Kampf, wie er heute in fast allen gesellschaftlichen Bereichen geführt wird. Das versteht und begreift jeder, der verstehen will, das wir hier nicht-militärische Widerstandsformen und -Aktionen nicht etwa negieren, sie als "minderwertig" denunzieren o. ä., sondern im Gegenteil: sie als notwendigen Bestandteil eines mehrdimensionalen proletarischen Widerstandes und Kampfes begrüßen. Weil beides zusammen gehört. Schon heute: Legale und Illegale politische Arbeit!

"Einige Genossen aus verschiedenen Bereichen" sagen: "Aber wir meinen, daß die militanten Aktionen in Verbindung mit den Klassenkämpfen hier in Westdeutschland stehen müssen, um nicht nur von wenigen verstanden zu werden, sondern (um) sich auch ausweiten zu können."

Soweit, so gut. Nur: Zur Unterstützung dieser These führt ihr dann das Beispiel Brigate Rosse in Italien und wollt es unreflektiert auf BRD-Verhältnisse übertragen.

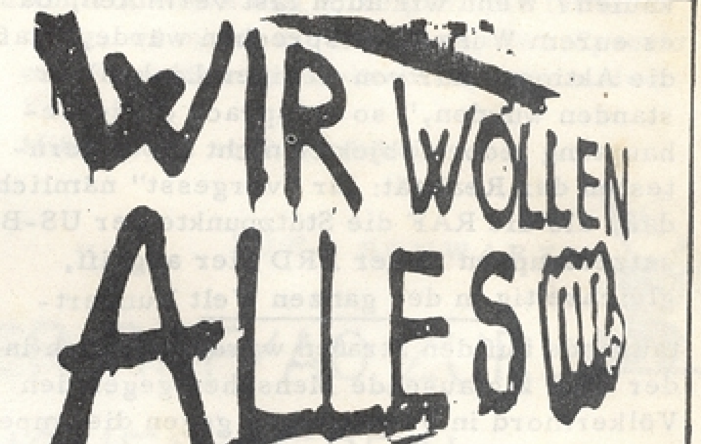
Dazu ist zu sagen: Wir halten es zumindest für politisch falsch und nicht für den Ausdruck des realen politischen Willens der von Ausbeutung, der von Marketing-Strategien, der von Meinungsmanipulationen öffentlicher Medien, der von sozialer Entrechtung und von Existenzangst betroffenen Bevölkerung , - Aktionen des politischen Widerstandes, wie sie z.B. in Italien, Frankreich, Spanien oder in der sogenann-

ten Dritten und Vierten Welt auf der Grundlage der dortigen jeweils unterschiedlichen historischen und gesellschaftspolitischen Bedingungen geübt werden, unreflektiert und schematisch in die BRD zu importieren. Was für die Brigate Rosse am 11. 2. 73, 4 Jahre nach Beginn ihrer militanten und militärischen Aktionen, als sie den Regionalsekretär der CISNAL, Labate, entführten, um ihn später ans Fabriktor bei Fiat anzuketten, politisch richtig gewesen sein wird, muß (deshalb) nicht automatisch 1974 in der BRD politisch richtig sein.

Zu der dummdreisten Bemerkung, daß "schließlich die Handlungen, die das reine Überleben der Organisation (RAF) absichern sollten, die Oberhand gewannen", ist zu sagen:

Es besteht in der Tat ein qualitativer Unterschied zwischen jener opportunistischen Linken in der BRD, mit der die Herrschenden umspringen können, wie es ihnen beliebt, die offiziell oder inoffiziell die Funktion der Hofnarren haben, jener Linken, die die Herrschenden auf dem Schachbrett ihres Kalküls nach ihrem Gusto verschieben können, die so lange von der sogenannten Liberalität des Rechtsstaates schwadronieren, so lange nur ihre Freiräume nicht angetastet werden, so lange die Klassenschranke zwischen hier ihrem privilegierten Alltag und dort jenem nichtprivilegierten Alltag des schicht- und Akkordarbeiters, der Leichtlohngruppenarbeiterinnen, dem im Ausländerghetto lebenden, dem vom Arbeitsunfall oder von Frühinvalidität betroffenen, dem von Kurzarbeit oder monatelanger Arbeitslosigkeit betroffenen, dem auf dem Kasernenhof oder im Gelände geschliffenen und schikanierten, dem aus der aus der angestammten Wohnung um des Profits willen rausgeschnissenen alten Menschen, - nur aufrechterhalten bleibt - und der revolutionären Guerilla, die konsequent und wirkungsvoll zurückschlägt, wenn ihre Kämpfer gehetzt, gefoltert, verurteilt, ermordet werden und die kämpft auch und gerade dann, wenn sie selbst nicht unmittelbar, sondern dritte - Arbeiter aus dem Volk, Frauen, Kinder, gesellschaftliche Randgruppen, Kranke - betroffen sind von sublimer und terroristischer Gewalt des sogenannten bürgerlichen Rechtsstaates. Das ist revolutionäre Identifikation, keine abstrakte, keine akademische, keine nur verbale, die zum Teil mit der Vermarktung ihres Protestes, ihres "Widerstandes", noch Profit akkumuliert und schindet.

Aber das ist immer nur die eine Seite solcher Aktionen. Denn solche Aktionen, wie die gegen Klug und Mairose, stehen immer in einem politischen Zusammenhang, und das wisst ihr auch!: Beide Aktionen, die gegen Klug und Mairose, waren notwendig, weil sie jedem Politiker, jedem Staats-, jedem Ärzte-, jedem Bullen- und sonstigen Schwein klarmachen, daß auch sie - und zwar heute schon - zur gerechten Verantwortung für ihre Schreibtischtäterschaft, Komplizenschaft oder Handlangerdienste gezogen werden. Beide Aktionen waren politisch richtig, weil durch sie zusammen mit dem konsequenten Hungerstreik unserer Genossen im Knast und zusammen mit den legalen Aktionen in der BRD erneut wieder und verstärkt in ein breiteres, insbesondere auch internationales öffentliches Bewußtsein und in die veröffentlichte politische Diskussion die Tatsache der Isolationsfolter und Vernichtungshaft an politischen Gefangenen in der BRD gezwungen wurde. Beide Aktionen waren, ohne Selbstüberschätzung, beispielhaft, weil sie dem dauernden Gerede von der selbstmörderischen, selbstzerstörerischen Praxis und Erfolglosigkeit der



Diese Zeitung ist ein Kampfblatt. Ein Blatt für alle, die am dauernden Klassenkampf beteiligt sind.
Ein Ausdruck des täglichen Kleinkriegs der Unterdrückten gegen die Unterdrücker.
Ein Ausdruck der Diskussionen darüber.
Ein Ausdruck unserer Arbeit, unserer Fehler.

Die Zeitung erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,00 – im Abo DM 12 für 12 Nummern. Vorausüberweisung an WIR WOLLEN ALLES, 8551 Gaganz; Konto 4684-852 beim Postscheckamt Nurnberg. Vertriebsadresse: WIR WOLLEN ALLES, 8551 Gaganz Nr. 12.

revolutionären Guerilla, von der unangreifbaren Totalität des staatlichen Herrschafts- und Gewaltapparates, von der politischen Apathie des Volkes einen Riegel vorschoben, gleichzeitig aber auch als politisches Fanal wirkten (siehe die von den Kommandos der RAF/AO durchgeführten Folgeaktionen, z.B. gegen Richter Ziegler in Sieversen und gegen den Richter von Drenkmann in Berlin). Beide Aktionen waren realistisch, weil sie, angesichts sich z.T. potenzierender Vernichtungshaft gegenüber unseren Genossen in den Knästen und der sich verstärkenden Strategie des counterinsurgency des imperialistischen Systems, auch Ausdruck der legitimen Wut, des legitimen Hasses, des Widerstandswillens bestimmter relevanter Schichten des Volkes waren.
Ihr schreibt zu diesem Komplex weiter: "Wir meinen, daß die RAF gerade daran gescheitert ist, daß ihre Aktivitäten in keiner Verbindung zu den Massenkämpfen hier in Westdeutschland standen. Zwar bedeuteten die Aktionen in Frankfurt und Heidelberg eine reale Unterstützung der Kämpfe der Völker der Dritten Welt (wie wahr!), wurden aber hier nur von wenigen Linken verstanden. Insofern waren die Aktionen Ausdruck eines relativ abstrakten Anti-Imperialismus."
Wen wollt ihr hier eigentlich für dumm verkaufen? Wenn wir auch fast vermuten, daß es eurem Wunsch entsprechen würde, "daß die Aktionen nur von wenigen Linken verstanden wurden," so entsprach diese Behauptung jedoch objektiv nicht im entferntesten der Realität: Ihr "vergesst" nämlich, daß, als die RAF die Stützpunkte der US-Besatzertruppen in der BRD hier angriff, gleichzeitig in der ganzen Welt Hunderttausende auf den Straßen waren und auch in der BRD zigtausende Menschen gegen den Völkermord in Vietnam und gegen die imperialistische US-Politik demonstrierten. Das waren beileibe nicht nur "die wenigen Linken", der Protest ging bis tief in die Gewerkschaften und die liberale Presse.
Trotzdem wollen wir damit natürlich nicht euphorisch darüber hinwegtäuschen, daß es in der BRD noch keine Massenkämpfe gibt. Zwar schreiben einige Genossen in ihrer Kritik an uns einerseits, daß sich die Kämpfe in der BRD "langsam und zögernd entwickeln" und daß "bei uns die Massenkämpfe weniger weit sind" . Andererseits behaupten dieselben Genossen aber in derselben Kritik, es gäbe bereits "Massenkämpfe" .
Wir sehen die leider in der BRD noch nicht. Auch wenn, natürlich jeder Streik in der BRD objektiv Klassenkampf ist. Wenn ihr allerdings der Auffassung seid, Aktionen wie Krankfeiern, Schwarzfahren oder der Einkauf im Supermarkt zum Nulltarif sei Teil und Ausdruck des zunehmenden politischen Widerstandswillens politisch-bewußter breiter Teile der arbeitenden Bevölkerung, so ist unsere Auffassung dazu: Für wen ist das Klauen, gegen welches wir in der kapitalistischen Gesellschaft ansich nichts haben, eigentlich sichtbarer, nachahmenswerter Ausdruck des politisch-bewußten Widerstandes, wenn nicht im wesentlichen für den Klauer selbst? Oder glaubt ihr etwa, daß man mit Klauen und Schwarzfahren wirksam zum Staatsbankerott des kapitalistischen Systems beitragen kann?

Wir halten sowas, mit Verlaub, für Kinkerlitzchen.
"Einige Genossen aus verschiedenen Bereichen" meinen, uns deshalb kritisieren zu müssen, weil wir eine "seitenlangen moralisierende Aufzählung der Übel des Imperialismus" aufgezählt haben.
Dazu ist erstens zu sagen: Da sich unser Kommunique Nr. 1 nicht nur an Einzelgenossen, linke Gruppen usw. richtete, von denen man allerdings manchmal das fatale

Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH
MONATSABO 6,-

D-6 Frankfurt
Homburgerstr 36
tel. 0611/774696
Bürozeiten:
Mo, Mi, Fr 11-15 Uhr

Gefühl nicht los wird, daß sie "die Übel des Imperialismus" bereits dermaßen verinnerlicht haben, daß sie ob ihrer paralysiert und abgestumpft sind, daß eine sinnliche Wahrnehmung und kritische Reflektierung "all dieser Übel" im kausalen gesellschaftspolitischen Zusammenhang auch und gerade der Isolationsfolter und Vernichtungshaft nicht mehr erfolgt, sondern weil unser Kommunique Nr. 1 massenweise "ans Volk" versandt und verbreitet wurde, hielten wir es für notwendig, gerade wegen der oftmals verlorengegangenen und verschütteten Sensibilität für "die Übel des Imperialismus" auf diesen ihren politischen Zusammenhang zu verweisen, sie ins politische Bewußtsein zurückzurufen.

Dazu ist zweitens zu sagen: Auf die "Übel des Imperialismus" zu rekurieren, bedeutet nicht, sie bzw. den Kapitalismus "als so perfekt und fast unschlagbar" darzustellen. Das Gegenteil ist richtig. Man muß keine Gebetmühlen der marxistischen Klassiker rühren, um dennoch als richtig zu erkennen, wenn Mao tsetung (12/68) sagt: "Somit muß man von seinem Wesen her, aus einer langen Perspektive, in strategischer Hinsicht den Imperialismus und alle Reaktionäre als das betrachten, was sie in Wirklichkeit sind: als Papiertiger. Darauf müssen wir unser strategisches Denken gründen. Andererseits sind sie aber wiederum lebendige, eisenharte, wirkliche Tiger, die Menschen fresse. Darauf müssen wir unser taktisches Denken gründen."

MANIFEST
POLITISCHER BUCHLADEN
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 79
Tel. 44 40 03

Sortiment
Zur materialistischen Geschichtsauffassung
Kapital und Staat   Marxismus und Ästhetik
Archive und Klassikergesamtausgaben
Geschichte der Klassenkämpfe
Der gegenwärtige Imperialismus und der internationale Klassenkampf
Die gesellschaftliche Entwicklung der BRD
Internationale Agitations- und Propagandapublikationen und theoretische Organe
Pädagogik Psychologie Psychoanalyse
Philosophie Soziologie
Kinder- und Jugendbücher
NEU Internationale fremdsprachige Literatur

Das, Genossen, ist eben die Dialektik des Imperialismus, die, in der revolutionären Strategie und Taktik zu negieren, tödlich fürs Volk sein kann.

Wir verstehen nicht und begreifen nicht, Kritik an uns wie jene, auf der Tagesordnung des politischen Kampfes habe jetzt allein und ausschließlich zu stehen, unsere inhaftierten Genossen aus den Knästen zu befreien ... und sonst garnichts.

Einerseits halten wir dies für totale Verkennung unserer wie ihrer (dieser Kritiker) augenblicklichen technischen Möglichkeiten (Logistik usw.), als auch für Verkennung unserer und ihrer augenblicklichen politisch-materiellen Macht. Andererseits ist solche reduzierte Strategie defaitistisch, zum einen, weil sie den historischen Zusammenhang und den Grad der in Westeuropa entwickelten politischen Widerstände auf meheren politischen Ebenen und unter Verwendung der verschiedensten Methoden negiert, zum anderen, weil sie die politischen Begründungen des Konzepts Stadtguerilla (unter anderem der RAF), die nach wie vor Gültigkeit haben, usurpiert und weil solche Kritik den politisch-militärischen und sonstigen politischen Kampf hier, heute und morgen künstlich amputiert. Letzlich aber steht auch - sicher unbewußt - hinter solcher Kritik auch jene elitäre Ideologie a la faschistischer Freikorps, von Avantgarde, von "revolutionärem Stammbaum", nur die RAF allein habe den ideologisch richtigen Führungsanspruch, sie allein habe zu bestimmen, zu "befehlen", was wann, wo und wie zu machen richtig und was falsch sei.

Wir vertreten demgegenüber die Auffassung, daß unsere und anderer Genossen und Gruppen Aktionen im obengenannten politischen Zusammenhang und in Korrespondenz mit dem politischen Kampf und Widerstand unserer inhaftierten RAF- und anderer Genossen zu erfolgen hat!

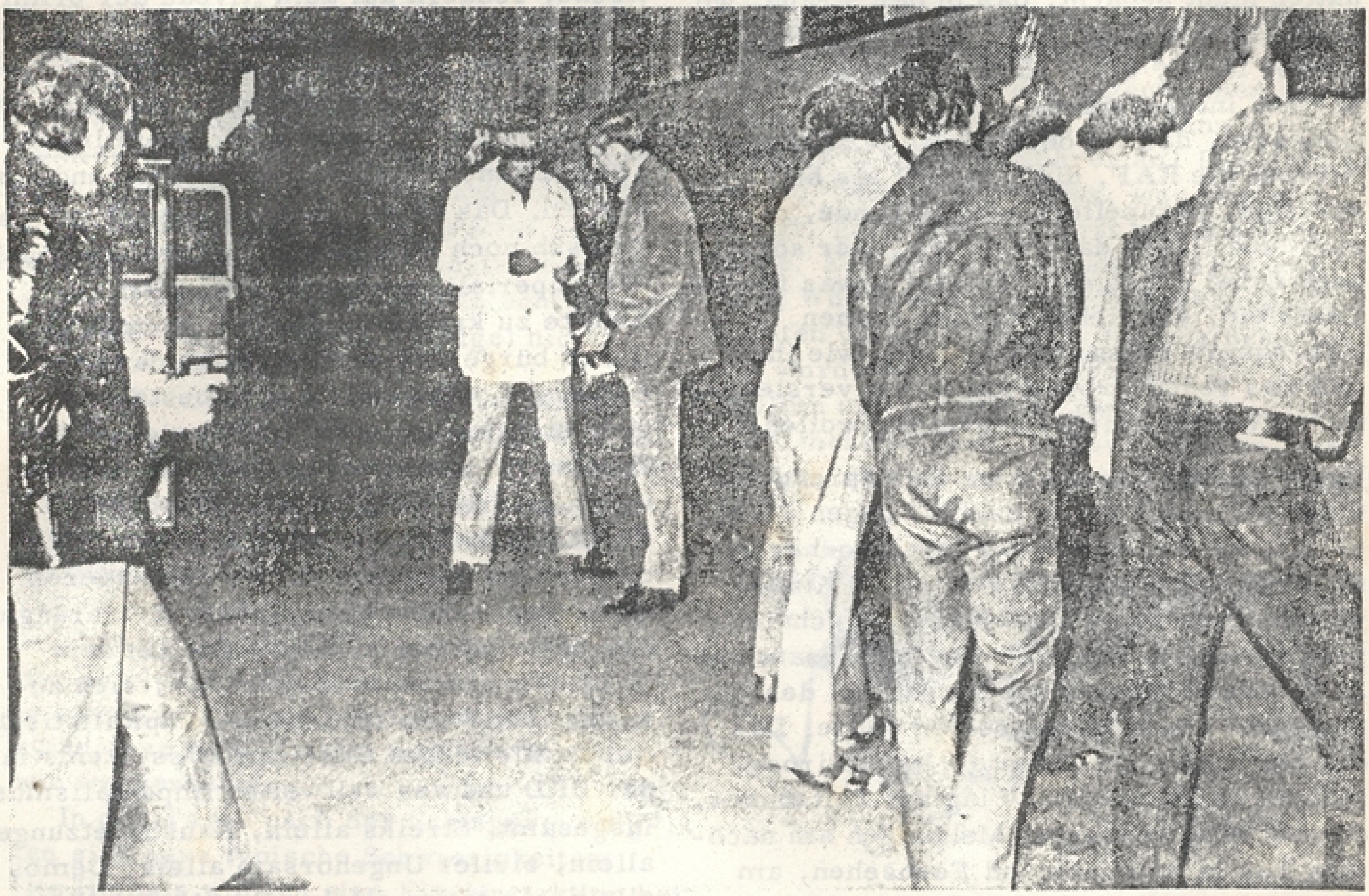
Sehr viel ernster zu nehmen ist unseres Erachtens jene Kritik an uns, wie die z.B. der ESG-Hamburg (in ihrem ESG-Info vom 21.11.74), die uns vorwirft, (auch) wir, die RAF/AO, hätten "bisher stets jeden politischen Zusammenhang mit der Linken in der BRD gemieden".

Wir fragen die ESG: Woher wisst ihr das eigentlich? Warum begründet und belegt ihr nicht diese Behauptung? Woher glaubt ihr uns eigentlich zu kennen? Woher wisst ihr was über unsere, bei uns nur graduell unterschiedliche, politische Praxis in Vergangenheit und Gegenwart in politisch-etablierten Institutionen und außerhalb davon?

Könnt ihr nicht begreifen, daß wir nicht trotz, sondern gerade wegen unserer und anderer gemeinsam gewachsenen politisch-praktischen und theoretischen Erfahrungen und Erkenntnisse in politischen Institutionen, linken Gruppen usw. nicht zum dessillusionierten, frustrierten, nur noch verbal protestierenden und sich (ab)wehrenden Papiertiger (fürs Kapital und sonstige Reaktionäre) geworden sind, uns nicht nur wehren, ums Überleben, wie ihr in eurem laufenden monatelangen politischen Kampf gegen eure (und objektiv unsere gemeinsamen) Feinde z. B. in der Hamburger Kirchenleitung, sondern (indem wir) kämpfen, bescheidener ausgedrückt, begonnen haben, auf einer ganz bestimmten Ebene auch zu kämpfen - politisch-militärisch?!
Allein an einer auf systemüberwindende Reformen in der Legalität abgestellten Strategie herumzuhäkeln, ist heute die Ideologie des Parlamentarismus, der Sozialpartnerschaft, der pluralistischen Gesellschaft in Kirche, Staat, Betrieb. Sie wird, Genossen, zum Fetisch, wenn die, die darauf pochen, ignorieren, daß Telephone legal angezapft und abgehört werden, Post legal kontrolliert, Menschenjagden legal durchs MEK und die PoPo veranstaltet werden, Nachbarn legal (aus)befragt, Freunde, Nachbarn und Bekannte legal unter politischen Druck gesetzt, Berufsverbote legal von den Gerichten sanktioniert werden, Denunzianten legal bezahlt, agent provocateure legal eingesetzt, daß legal observiert wird, bewohnbarer oder restaurierfähiger Hausbesitz legal abgerissen, Haus- und Wohnungstüren legal zugemauert werden, trotz Wohnungsnot, daß Hausbetretungsverbote "notfalls unter Inanspruchnahme polizeilicher Hilfe" legal abgesichert sind, (siehe Hausbetretungsverbot fürs Hamburger Folterkomitee durch Beschluß des Hamburgischen Kirchenrates vom 16. 12. 74).
Und Genossen aus der ESG: Da war objektiv nichts individualistisches und da ist nichts individualistisches: Das, was wir machen und machen werden, ist, (und wird) integraler Bestandteil des vermittelbaren weltweiten antiimperialistischen Kampfes (sein).
Zerstörerisch allerdings ist und soll unsere Praxis sein. Weil Zerstörung morbider tradierter und/oder noch funktionierender faschistischer, kapitalistischer, imperialistischer oder welches bürgerlich-rechtsstaatliche Dekorum sie sich auch immer geben, solche Ordnung und Strukturen die Dialektik der Befreiung gesetzmäßig in sich hat. Rehumanisierung dagegen ist die falsche politische Linie. Lest einmal z. B. nach, was in der auch von euch mitverbreiteten Broschüre 'Radikalen-Erlaß in der Kirche. Der EKD-Beschluß vom 28. 5. 73. Vorgeschichte, Hintergründe, Analysen', S. 53, steht, wo es in richtiger Antithese zu der von der CFK (falsch) vertretenen

Wir werden

„diese Ordnung kompromißlos gegen alle kommunistischen Irrlehren



... verteidigen."

(Entschließung der SPD zum Verhältnis von "Sozialdemokratie und Kommunismus" vom 26.2.1971)

These heißt: "Die ... Betroffenen und Bedrohten gehen gerade nicht auf Distanz, sondern engagieren sich auf der einen Seite der Klassenverhältnisse ...".
Politische Solidarität kann deshalb auch immer nur bedeuten, zwischen sich und den Feinden einen klaren Trennungsstrich ziehen.
Das Dilemma an eurer aus dem Evangelium hergeleiteten Ideologie eines faktischen Pazifismus des "Liebet eure Feinde", ist, daß ihr anscheinend immer noch unfähig seid, die tagtägliche, minütliche strukturelle Gewalt des Systems sowohl des weltweiten als auch des BRD-Imperialismus gegenüber den Menschen, den Individuen, als die terroristische Gewalt schlechthin zu begreifen. Auch für euch. Auch und gerade dann, wenn diese terroristische oder sublime Gewalt euch unmittelbar nicht tangiert, betrifft.

Logisch in sich ist dann allerdings, wenn ihr für Gegengewalt und für revolutionäre Gewalt "keinen anderen politischen Begründungszusammenhang akzeptieren könnt" als den des (schnöden) Mordes.
Bleibt euer Widerstand, euer politischer Kampf, allein auf eurer Stufe stehen, fordert ihr auch von Dritten, daß sie den Kampf nur so wie ihr oder zumindest ähnlich "pazifistisch" führt, muß all euer Protest, euer Widerstand, euer Kampf letzlich ästhetisch, akademisch, unpolitisch bleiben.
Mit Bert Brechts Gedicht "Gegen die Objektiven", möchten wir sagen: Unsere Niederlagen nämlich - beweisen nichts, als daß wir zuwenige sind - die gegen die Gemeinheit kämpfen. - und von den Zuschauern erwarten wir, - daß sie wenigstens beschämt sind.

Schlimm, primitiv und ohne jedes politische Niveau wirds bei jenen "Genossen aus verschiedenen Bereichen" zum Schluß ihrer Kritik, wenn sie uns unterstellen, wir hätten nicht bedacht, daß in der Straße, wo das Haus von Klug steht, auch spielende Kinder leben, die sich für tickende Pappkartons interessieren.
Genossen, das ist objektiv Bild-Zeitungs-Niveau: die RAF, die RAF/AO als blutrünstige, skrupellose Mörderbande, die sich 'nen Dreck darum schert, wer sonst noch dabei draufgeht. Und auf sowas flippen Leute ein, die sich Genossen nennen ?! Das, kommt davon, wenn Leute, wie ihr, von was reden, wovon sie nichts verstehen, nichts wissen, nichts begreifen (wollen)!

Um's mal klar zu machen: Der Sprengsatz (auch bei Klug) wurde nachts, gegen 2 Uhr, gelegt. Recherchiert war lange vorher genauestens, das im Umkreis keine Kinder waren, auch keine schlafenden. Technisch programmiert war, daß der Sprengsatz um 2.10 Uhr hochgehen und einen Teil des Eigenheims von Klug wegreißen sollte. Das das bei Klug nicht klappte - bei Mairose klappte es bekanntlich - lag am Zeitzünder, der bei Klug versagte. Meldungen am nächsten Tag in Rundfunk und Fernsehen, am übernächsten Tage in der Presse, der Sprengsatz habe vormittags um 10.58 Uhr getickt, woraus die Bevölkerung schließen sollte, die Detonation hätte tagsüber, wenn Leute auf der Straße sind, stattfinden sollen, waren Zweckmeldungen, um das Volk gegen die Guerilla aufzuhetzen, waren Dreck, waren Lügen!

Was habt ihr eigentlich gelernt von Stuttgart im Juni 1972, von Hamburg im Februar 1974, von Bremen im Dezember 1974 ?!

Oder passen euch solche Zweckmeldungen etwa in den Kram, um eine Auseinandersetzung mit der Strategie des bewaffneten Kampfes in den Metropolen nicht auf politische, sondern auf dem Niveau der primitiven Hetze führen zu können?!
Ihr überseht (bewußt?), daß wir mit diesen beiden politisch-militärischen Aktionen begonnen hatten, auf der politisch-militärischen Ebene Widerstand zu leisten und anzugreifen. Das heißt, ohne allerdings vor dem faktisch noch existierenden Gewaltmonopol des imperialistischen Staates BRD zu Kreuze zu kriechen, uns der jämmerlichen bürgerlichen Freiräume dankbar erfreuend, die partiell noch bestehen, ohne sich resignierend in den eigenen 4 Wänden auf den Arsch zu setzen, oder in welch innere Emigration auch immer flüchtend, haben wir allerdings die politische Einschätzung, daß, unter anderem basierend auf den historischen Erfahrungen der Klassenkämpfe, basierend auf dem Grad der inneren ökonomischen, sich zuspitzenden Widersprüche des kapitalistisch/imperialistischen Gesellschaftssystems in der BRD und des weltweiten Imperialismus insgesamt, Streiks allein, Hausbesetzungen allein, ziviler Ungehorsam allein, Demos allein, Agitation allein, Fensterscheiben (z.B. bei bundesdeutschen Filialen des US-Imperialismus) allein, Teach-Ins allein, Go-Ins allein, Information allein, Mal-aktionen allein usw. oder auch diese Widerstands- und Oppositionsformen zusammengenommen, allein nicht in der Lage sind, die imperialistischen Herrschafts- und Gewaltverhältnisse und Strukturen zu kippen, die kapitalistische Ökonomie zum Einsturz zu bringen. Anderes zu glauben wäre Naivität und politische Fehleinschätzung. Denn dafür bedarf es eines ganz anderen Grades, einer weit höheren Stufe der Klassenauseinandersetzung in der BRD und in den anderen imperialistischen Staaten.
Worum es tatsächlich, perspektivisch, geht, ist, auch und gerade politisch-militärische Widerstands- und Offensivaktionen größerer und kleinerer Gruppen, sowie einzelner Kader zum integralen Bestandteil des Ausdrucks des politischen Widerstandswillens mehr oder weniger großer von der Ausbeutung und Repression betroffener Schichten des Volkes zu machen.

Das perspektivisch nicht zu beachten, wäre allerdings faschistische Elite, unmaterialistische freischwebende Spontaneität, und politisches Abenteurer- und Sektierertum, wäre Stellvertreterideologie, wäre Menschenverachtung, wäre selbsternannte Avantgarde, kleinbürgerliche "Karriere", d.h. letzlich objektiv konterrevolutionär! Wer dabei allerdings von den Linken in der BRD 1974/75 glaubt, die revolutionäre Gewaltfrage in ihrem historischen Nexus und in ihrem kausalem Zusammenhang der Dialektik von bürgerlicher, faschistischer und imperialistischer und sublimer Gewalt einerseits und von der sich langsam vermehrenden vorrevolutionären Gewalt breiterer Schichten des Volkes andererseits, hier weiterhin ausklammern, vor sich herschieben, "bis auf weiteres" vertagen oder verdrängen zu müssen, der ist entweder nicht willens, nicht-reformistisch politisch zu arbeiten, oder der ist nicht willens oder fähig, Ausbeutung und Unterdrückung Dritter als auch seine Ausbeutung und als auch seine Unterdrückung sinnlich zu begreifen, sich mit dem Volk und den Unterdrückten zu identifizieren. Kein politisches Erfahrungs- und sonstiges Indiz spricht dafür, daß es eine "Stunde X" geben wird, wo in einem quasi totalen revolutionären Akt das Volk in der BRD sich "seiner Ketten entledigen" wird.

Januar 1975

RAF/AO

DIE BEWAFFNETE PROLETARISCHE MACHT ORGANISIEREN, AUFBAUEN, SCHAFFEN!

MORD AN HOLGER MEINS: SELBSTANZEIGE EINES GEFANGENEN

(ID) 9.1.75

Der 31jährige Kellner Hans-Georg Kothen aus Hamburg hat den Bundesjustizminister aufgefordert, gegen ihn Strafantrag zu stellen. Kothen erklärte sich in seiner Selbstanzeige solidarisch mit den Anwälten Croissant, Groenewold, Haag und Schilly, gegen die der Bundesjustizminister Strafantrag gestellt hat. Weiter schließt sich Kothen den von den Anwälten erhobenen Beschuldigungen zum Tod von Holger Meins gegen die verantwortlichen Staatsschutzbehörden und sonstigen Beteiligten im Wortlaut an. Kothen befindet sich zur Zeit in der Hamburger Justizvollzugsanstalt am Hasenberge. Außerdem hat Kothen eine Erklärung zum Ehrengerichtsverfahren gegen die Anwälte Reinhard und Jakobi sowie Groenewold, Degenhardt und Köhnke abgegeben, in der er darauf hinweist, daß die

Hamburger Staatsanwaltschaft aus Beweisnot die Verteidigung der RAF-Gefangenen verhindern will. Weitere Beschuldigungen erhebt er gegenüber Justizverwaltung und Ärzten, die ihre Fürsorgepflicht im Fall von Holger Meins vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt haben und berichtet vom Neubau einer Isolationsstation zum Zweck der Folter in der JVA Hamburg-Fuhlsbüttel.

DRUCK UND PAPIER: GEGEN VORSTAND DEMONSTRATION DURCHGESETZT

(ID) 10.1.75

In der Druckindustrie verloren im Verlauf des letzten Jahres etwa 10 000 Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz. Für die gesamte BRD erwarten die Druck-Kapitalisten, daß in den nächsten 5 Jahren 900 Betriebe mit 38 000 Beschäftigten stillgelegt werden.

In Hamburg sind im Verlauf des vergangenen Jahres über 200 Kollegen bei Auer entlassen worden und bei Springer sind 180 Entlassungen zu befürchten. Im Raum Hamburg/Schleswig-Holstein waren Anfang Dezember 340 Beschäftigte der Druckindustrie arbeitslos gemeldet.

Für Auszubildende bedeutet das jetzt schon eine Reduzierung der Aussicht, in ihren erlernten Beruf übernommen zu werden - wenn nicht sogar Jugendarbeitslosigkeit. (Momentaner Stand in der BRD: ca. 200 000!). In Hamburg bilden die großen Druckbetriebe wie Bauer, Springer und Auer in ihrem technischen Bereich kaum oder gar keine Lehrlinge mehr aus.

Am 16.12.74 beschloß die Delegiertenversammlung des Hamburger Ortsvereins der IG Druck und Papier eine Demonstration zu organisieren, mit der die Beschäftigten der Druckindustrie ihren Protest gegen die Angriffe der Unternehmer auf ihre Arbeitsplätze und ihren Lebensstandard ausdrücken können.

DieserBeschluß kam gegen die Stimmen des Vorstandes zustande! Auch von Seiten der höheren Gewerkschaftsfunktionäre ist kaum Unterstützung zu erwarten, war doch im Zentralorgan der "Druck und Papier"(11/11) zum Kampf der DVA-Arbeiter gegen die drohenden Entlassungen zu lesen: "Der Kampf der Arbeitnehmer ist ein Verzweifelter. Nur guter Wille bei den Unternehmern könnte ihn zum Ziel führen."

Diese Mitteilung wurde an verschiedene Gruppen geschickt:

19./20.1.75

Vom 4. - 25. Januar zeigt die Harburger Gruppe von Amnesty International im Helms Museum, Harburg, - eine Fotodokumentation über Folter in 73 Ländern. Die Ausstellung ist dienstags - sonntags von 10.00 - 17.00 Uhr geöffnet.

Zu unserem Erstaunen fehlt die Bundesrepublik in dieser Ausstellung. Obwohl Amnesty seit 2 Jahren darüber informiert ist, daß Vernichtungshaft in der BRD unter der Regie des Bundeskriminalamtes und mit aktiver Unterstützung der Justiz praktiziert wird.

Wir haben uns aus diesen Gründen entschlossen, Amnesty diesen Sachverhalt nocheinmal vor Augen zu führen und deshalb unser Erstaunen an die Museumsmauer gepinselt, so daß auch die interessierten Besucher gleich weiterfragen können. Außerdem haben wir uns entschlossen, die Ausstellung an diesem Punkt zu erweitern: Verschiedene Dokumente über Folter in der BRD sind am Helms-Museum zur Kenntnis zu nehmen. Da unsere Versuche der Gegenöffentlichkeit ja bekanntermaßen - wenn irgend möglich - sabotiert werden, haben wir diese Informationen mit Hilfe von Wasserglas in dieser Nacht befestigt, so daß sie wohl jetzt etwas länger hängen, oder aber die glasflügeltüren des Museumseingangs ausgewechselt werden müssen. Dabei entstehende Kosten übernimmt sicher Amnesty !!

SCHWARZE HILFE

Seit den Attentaten auf Justizsenator Klug und Knastarzt Mairose bemühen sich die Bullen, die "Attentäter" in den Reihen der Roten und Schwarzen Hilfe zu finden.

Bild: "Es hat sich eine neue Gruppe der RAF formiert. Mitglieder sind ehemalige Hausbesetzer, Anarchisten und Sympatisanten der Roten und Schwarzen Hilfe." (7.10.74)

Als dann am 7.10. 74 die Wohnung eines

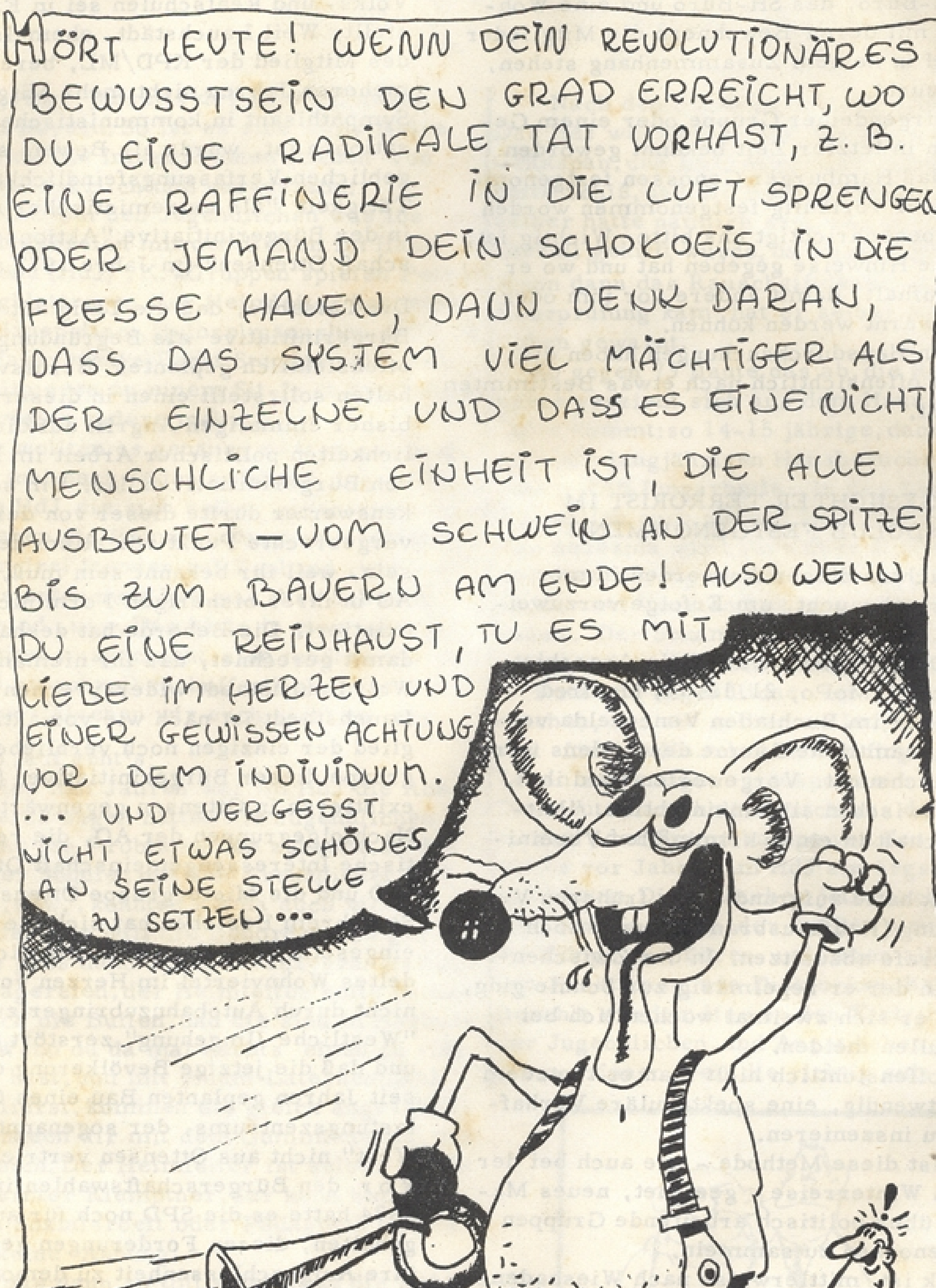
Genossen in Bremen hochging, fanden - da der Genosse unter dem Namen eines SH-Mitgliedes festgenommen wurde - zahlreiche Hausdurchsuchungen statt.
Später wurden aufgrund von angeblichen Hinweisen von Festgenommen das Schwarz-Kreuz-Büro, das SH-Büro und eine Wohnung, mit deren Bewohnern die Mitglieder der SH in keinem Zusammenhang stehen, durchsucht.
Falls irgendeiner Gruppe oder einem Genossen in letzter Zeit bekannt geworden ist, daß Hamburger Genossen festgenommen oder vorläufig festgenommen worden sind, benachrichtigt uns bitte. Wichtig ist, wer die Hinweise gegeben hat und wo er sich aufhält, damit andere vor ihm oder ihr gewarnt werden können.
Bei den Hausdurchsuchungen haben die Bullen offensichtlich nach etwas Bestimmten gesucht.

LANGGESUCHTER TERRORIST IM JUGENDCLUB FESTGENOMMEN !

Nachrichten dieser Artwerden immer wieder gebraucht, um Erfolge vorzuweisen.
Am 20.12.74 wurde der "als Anarchist gesuchte" (MoPo, 21.12.74) Manfred Schneider im Buchladen Vencerelda verhaftet; sämtliche Räume des Ladens wurden durchsucht. Vorgeworfen wird ihm, wie inzwischen allgemein üblich, "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung".
Maniak hatte aufgrund einer früheren Verurteilung (Kaufhausbrandstiftung) noch eine Reststrafe abzusitzen. In der Zwischenzeit, in der er regelmäßig zur Schule ging, mußte er sich zweimal wöchentlich bei den Bullen melden.
Doch offensichtlich hielt man es trotzdem für notwendig, eine spektakuläre Verhaftung zu inszenieren.
Auch ist diese Methode - wie auch bei der Aktion Winterreise - geeignet, neues Material über politisch arbeitende Gruppen und Genossen zu sammeln.
Maniak ist mittlerweise nach Wiesbaden verlegt worden, war von Anfang an isoliert und hat bis Mitte Januar noch keinen der zahlreichen Briefe an ihn erhalten. Auch sitzt er inzwischen in Strafhaft, d.h. er muß auf jeden Fall erstmal den Rest seiner alten Strafe (14 Monate) absitzen.

BERUFSVERBOT

Am 17.12. 1974 teilte das Personalamt der Hamburger Schulbehörde Wolf-G. Lauchstaedt mit, seine Einstellung als Studienreferendar für das Lehramt an Volks- und Realschulen sei in Frage gestellt. Weil Lauchstädt, ehemals führendes Mitglied der KPD/ML, bereits seit meheren Jahren nicht mehr Mitglied bzw. Sympathisant in kommunistischen Organisationen ist, wurde als Beweis seiner angeblichen Verfassungsfeindlichkeit die Tätigkeit "als extremistischer Aktivist" in der Bürgerinitiative "Aktionsgemeinschaft Ottensen" im Jahre 1973 angeführt.

Die Tatsache, daß die Tätigkeit für eine Bürgerinitiative als Begründung für ein offensichtlich geplantes Berufsverbot herhalten soll, stellt einen in dieser Form bisher einmaligen Angriff auf die Möglichkeiten politischer Arbeit im Rahmen von Bürgerinitiativen dar. Um so bemerkenswerter dürfte dieser von der Behörde vorgebrachte Punkt vor allem deswegen sein, weil ihr bekannt sein muß, daß die AO in ihrer bisherigen Form nicht mehr existiert. Die Behörde hat deshalb wohl damit gerechnet, daß ihr niemand außer Wolf Lauchstaedt widersprechen würde.
Lauchstaedt ist nach wie vor aktives Mitglied der einzigen noch verbliebenen Teilgruppe dieser Bürgerinitiative. (Daneben existieren in Ottensen gegenwärtig zwei Nachfolgegruppen der AO, die reformistische Interessengemeinschaft Ottensen - IGO und die Mietergruppe Ottensen).
Seit ihrem Bestehen hat sich die AO dafür eingesetzt, daß Ottensen, ein dichtbesiedeltes Wohnviertel im Herzen von Altona, nicht durch Autobahnzubringer zur BAB "Westliche Umgehung" zerstört wird und daß die jetzige Bevölkerung durch den seit Jahren geplanten Bau eines City-Entlastungszentrums, der sogenannten "City-West" nicht aus Ottensen vertrieben wird.
V o r den Bürgerschaftswahlen im März 1974 hatte es die SPD noch für angebracht gehalten, diesen Forderungen gegenüber ihre Aufgeschlossenheit zu demonstrieren. Was davon zu halten war, ist in Ottensen inzwischen für jedermann sichtbar geworden.
(Nach einer Presseerklärung der Gruppe West der AO)

Impressum
presserechtlich verantwortlich ist
unsere liebe Genossin Gisela Kramer.
Kontaktieren könnt ihr uns über : Manifest,
politischer Buchladen, schlüterstr. 79 (HH!)